

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Adolf Schönbach, Dresden,
Süd der Hebebohr, Hauptstadt
und Semmerin, L.-G. Dresden,
Gartenstraße Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch eine solche durch den Verleger der Dresdner Volkszeitung seinen Verleger auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreise: Einzelhefte 10 Pf., monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.40 M., halbjährlich 10.80 M., jährlich 21.60 M. (Post- und Transportkosten inbegriffen).
Telegraphische Adressen: Dresden Nr. 1268

Schriftleitung: Meißnerstraße 18, Fernsprecher Nr. 2511. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr, Samstag von 10 bis 12 Uhr, Sonntag von 10 bis 12 Uhr.

Abonnementpreise: Einzelhefte 10 Pf., monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.40 M., halbjährlich 10.80 M., jährlich 21.60 M. (Post- und Transportkosten inbegriffen).
Telegraphische Adressen: Dresden Nr. 1268

Nr. 143

Dresden, Dienstag, den 23. Juni 1931

42. Jahrgang

Frankreichs Vorbehalte

Zahlung von 612 Millionen an die VZ. - Amerika drängt auf rasche Entscheidung

Der Leiter der amerikanischen Außenpolitik, Staatssekretär Stimson, erklärte, einem Washingtoner Telegramm zufolge, am Montag, daß zur Erörterung des Vorschlages von Hoover auf einer internationalen Konferenz die Zeit fehle. Wenn Hoovers Vorschlag die gewünschte Wirkung haben sollte, dann müsse er unverzüglich von den Gläubigern Deutschlands angenommen werden.

Italien und England werden sicher dazu bereit sein, diesem Rufe zu folgen. Nach dem Echo de Paris wird Frankreich Fortzahlung von 612 Millionen Mark an die VZ für internationale Zahlungen fordern. Wenn diese Mitteilung als offiziös zu bewerten ist, dürfte die Einigung mit Frankreich ohne Verhandlungen kaum möglich sein.

Besprechungen in Paris

Paris, 23. Juni. (Eigener Funk.)

Der amerikanische Moratoriumsvorschlag ist am Montagabend Gegenstand weiterer Besprechungen innerhalb der französischen Regierung gewesen. Der Finanzminister hatte eine eingehende Unterredung mit dem Leiter der Bank von Frankreich und dem Generaldirektor der VZ, Luesnay, der zur Zeit in Paris weilte. Vor seiner Rückkehr nach dem Ministerpräsidenten Laval schilderte Lalande dem Präsidenten der Republik die Rückwirkungen des amerikanischen Vorschlages auf die französischen Finanzen.

Aus Andeutungen der heutigen französischen Morgenpresse, die, mit wenigen Ausnahmen, ihre Kampagne gegen Hoovers Vorschlag in seiner jetzigen Gestalt fortsetzt, geht hervor, daß Frankreich, um den Young-Plan aufrechtzuerhalten, eine Abänderung der amerikanischen Antragstellung in bezug auf den ohne jede Bedingung zu leistenden Teil der Jahreszahlungen vorschlagen will. Das Echo de Paris schreibt darüber:

Frankreich wird wahrscheinlich damit einverstanden sein, daß für ein Jahr die Überweisung der bedingungslos zu zahlenden Annuitäten ausgesetzt wird, aber um den unantastbaren Charakter zu behaupten, wird Frankreich verlangen, daß die Zahlungen in Mark bei der VZ, in der vollen Höhe von 612 Millionen Mark geleistet werden. Diese Markbeträge können der deutschen oder europäischen Wirtschaft nicht entzogen werden, werden aber den Gläubigern ausgetrieben. Wenn später der Young-Plan wieder in Kraft gesetzt wird und Deutschland von dem ihm darin zugesprochenen Moratorium Gebrauch machen sollte, so würde der französische Anteil einen Garantiefonds bilden, den Frankreich im Falle eines Moratoriums bei der VZ eingahlen muß.

Das Echo de Paris fügt hinzu, daß dies vielleicht eine zu edelmütige Lösung wäre, und daß es noch nicht sicher sei, ob Ministerpräsident Laval ihr zustimmen würde. Denn die gerechte Konsequenz für das Deutschland in diesem Jahr gewährte außergewöhnliche Moratorium müßte eigentlich sein, daß sich Deutschland für bestimmte Zeit verpflichtet, auf jedes normale Moratorium zu verzichten. Ueber diesen Gegenstand wird ein am Dienstagvormittag stattfindender Ministerrat verhandeln.

In der Kammer ist am Montagabend eine zweite Interpellation über die amerikanische Anregung eingebracht worden. Sie geht von dem nationalistischen Abgeordneten Marin aus und bezieht sich auf

die Beteiligung Frankreichs an den Verhandlungen, die zu der Erklärung des belgischen Hoovers geführt haben, auf den genauen Sinn des Vorschlages, auf die Verhandlungen, die darauf folgen werden und auf den Weg, den die französische Regierung einschlagen gedenkt, damit sich die Kammer in voller Kenntnis der Dinge vor jeder Abmachung, gemäß dem Inhalt vom Ministerpräsidenten gegebenen Versprechen, über die Gelegenheit ausdrücken kann.

Die Regierung wird der Kammer vorschlagen, die Interpellationen am Freitag zu besprechen.

England sagt ja

London, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Der englische Finanzminister erklärte am Montag im House of Commons die grundsätzliche Bereitschaft der englischen Regierung zur Annahme des Vorschlages Hoovers. Die Erklärung war am Montag von dem britischen Außenminister, Lord Curzon, in der Sitzung der Vorkonferenz im House of Commons gegeben worden. Er erklärte, daß die britische Regierung bereit sei, den Vorschlag Hoovers zu unterstützen, wenn dieser von den anderen Gläubigern Deutschlands angenommen wird.

Der britische Finanzminister fügte noch hinzu, daß die englische Regierung bereit sei, den Vorschlag Hoovers zu unterstützen, wenn dieser von den anderen Gläubigern Deutschlands angenommen wird.

an der Ausarbeitung der Einzelheiten, um dem Vorschlag unverzüglich praktische Wirkung zu geben.

In bezug auf die Beurteilung der Wirkungen des amerikanischen Vorschlages sind die Engländer sehr zurückhaltend. Man hofft jedoch allgemein, daß nach dem Freijahr die ganze Frage der Kriegsschuld mit mehr Weitsicht als bisher behandelt wird. Das Freijahr werde beweisen, daß die ganze Welt von einer Revision des Schuldproblems Vorteile erlangen könne und schon deshalb eine Rückkehr zu dem alten Stand der Dinge nach dem Freijahr unmöglich sei.

Italien stellt Bedingungen

Rom, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Italiens Stellungnahme zu dem Vorschlag Hoovers wird hauptsächlich wie folgt erläutert:

Italiens Regierung begrüßt das großzügige Vorgehen des Präsidenten Hoover mit größter Sympathie und nimmt es günstig auf. Daß dies nicht eine leere Redensart ist, geht aus der Tatsache hervor, daß Italien, trotz seiner schlechten Finanzlage, auch zu Opfern bereit ist, nämlich zum Verzicht auf jene 42 Millionen Mark, die ihm als Überfluß nach den Schuldzahlungen aus den deutschen Reparationsleistungen verbleiben. Die italienische Regierung betrachtet Hoovers Vorschlag als ersten Schritt zu einer moralischen und faktischen Kräftigung, als erstes Zeichen für den günstigen Verlauf der Kräftigungskonferenz. Immerhin muß Italien eine Reserve machen, nämlich die, daß Deutschland die Verpflichtung eingibt, die materielle Hilfe nicht zu der Wiederannahme der Zollunion zu benutzen. Jeder Gehalts an eine Zollunion und einen Anstoß müsse endgültig aufgegeben werden.

Die Forderungen Italiens gegen die Zollunion und den Anstoß werden am Montag in der gesamten europäischen Presse unterbreitet. Im übrigen begrüßt die Presse den Vorschlag Hoovers als eine überaus wichtige Erleichterung.

Belgien zurückhaltend?

Brüssel, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In belgischen Regierungskreisen ist man mit der Beurteilung des amerikanischen Vorschlages sehr zurückhaltend. Der Minister ist am Montag nach seinem Beschlusse über die Annahme des Vorschlages gekommen, er beschloß lediglich, bei dem amerikanischen Gesandten in Brüssel nähere Erkundigungen über den Vorschlag eingeholen. Da der amerikanische Gesandte Gibson sich zur Zeit auf der Fahrt von

Expräsident Fallières †

Paris, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Kermand Fallières, der von 1906 bis 1913 Präsident der französischen Republik war, ist am Montag früh im Alter von fast 90 Jahren in seiner Heimat Mésin (Südfrankreich) gestorben.

Fallières wurde im Jahre 1876 zum ersten Male in die Kammer gewählt und war als Abgeordneter siebenmal Minister und einmal Ministerpräsident. In den nächsten Jahren wurde er in den Senat gewählt, 1909 wurde er, als Nachfolger Doubeis, Vizepräsident. In seine Amtszeit als Vizepräsident der Republik fiel die Zusammenstoßkatastrophe des Deutsch-Französischen Krieges. Die Verhandlungen über den Frieden im Versailler Vertrag waren sein Werk. Er war ein Mann von großer Energie und Willensstärke, der die deutsche französische Allianz und die Republik zu retten bemüht war. Sein Tod wird in Frankreich mit großer Trauer empfunden.

Deutschland und Frankreich

Man darf sagen, daß Hoovers Vorschlag in Amerika und Europa eine äußerst lebhaft und günstige Aufnahme gefunden hat. Eine Ausnahme machen die nationalgefärbte Presse Frankreichs und unsere Völkischen. So erklärt Goebels in seinem Blatt den Hoover-Plan für einen „vollkommen unzulänglichen Versuch, das brennend gewordene Problem der Tribute zu lösen. Wenn Leute allerdings geglaubt haben sollten, ein Onkel aus Amerika oder ein Wunder könne die europäischen Verkrampfungen lösen, so wäre das mehr als naiv. Ein Zahlungsfreijahr für die verschuldeten europäischen Staaten bedeutet nichts als eine Atempause, ein Jahr der Befinnung und eine Entlastung der Nerven, die wir in allen Schichten namentlich unseres Landes dringend brauchen. Selbstverständlich rettet ein Zahlungsausschub weder Europa noch Amerika aus den Wirren und Widersprüchen des Kapitalismus; selbstverständlich ist die deutsche Finanznot nicht lediglich dadurch zu heilen, daß uns zunächst 1,5 Milliarden gestundet oder geschenkt werden. Dazu gehören in Deutschland Finanz- und wirtschaftspolitische Reformen, wie sie die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie mehrfach dringend gefordert haben.

Ob am Ende des Zahlungsausschubs eine Senkung der Lasten und eine Revision des Versailler Vertrages steht, das hängt von Frankreich und Deutschland ab. Nicht von Frankreich allein! Es ist eine Freiführung und völlige Verkennung der Sachlage, wenn es ein Teil der bürgerlichen Presse so darstellt, als ob „Frankreichs Halsstarrigkeit“ sozusagen „am allem schuld“ wäre. Das Klischee paßt auch auf die neue Situation nicht. Von den europäischen Ländern ist es zunächst Frankreich, dem der Hoover-Plan einen starken materiellen Verzicht summiert. Der Sozialistische Pressedienst schreibt dazu ganz richtig:

Man darf die Besonderheit der Lage nicht verkennen, in die Frankreich durch den amerikanischen Schritt verlegt worden ist. Es hätte für das Jahr 1931/32, einschließlich der Sachleistungen, an Deutschland einen Anspruch von 898,4 Millionen Mark. Es hätte an England und Amerika nur 428,2 Millionen Mark abzuführen gehabt, so daß ihm also — für Wiederanbau — rund 470 Millionen Mark verbleiben wären. Auf diese 470 Millionen Mark soll es jetzt, nach zwar allemal möglich und unvorstellbar, verzichten, und wenn es zu dieser Hinderung ein solches Gesicht macht, so müssen wir objektiv genug sein, seine Willkür zu begreifen. Kein Staat in der Welt, und wäre er noch so reich, würde eine solche Anregung, wenn sie von dritter Seite an ihm herangebracht wird, mit besonderer Freude aufnehmen. Aber Frankreich gehört zweifellos zu den Ländern, die von der gegenwärtigen Welt am wenigsten berührt sind. Und wenn es auch darauf hingewiesen werden darf, daß seine Landwirtschaft durch den allgemeinen Preisrückgang in Mitteleuropa gezogen ist, daß die Lebenshaltungskosten steigen, daß seine Industriearbeitskräfte zurückgeht, so wird es doch den großen Unterschied, der zwischen seiner Situation und der der meisten anderen kapitalistischen Länder besteht, nicht zu bestreiten vermögen. Es kann also wohl von ihm ein Opfer erwartet werden, um so mehr, als dieses Opfer ja dazu beitragen soll, eine Katastrophe zu verhindern, deren Folgen Frankreich ebenso spüren würde wie irgendeine andere Nation. Trotzdem sollen wir, wie gesagt, für das Unbehagen unseres westlichen Nachbarn Verständnis zeigen, und es nicht so darstellen, als ob der Widerspruch, den er zunächst erhebt, nur bösem Willen entspringe.

Der Angelpunkt der weiteren politischen Entwicklung in Europa liegt in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Man muß die Dinge bei uns zu Lande endlich in allen Schichten sehen, wie sie sind: für das französische Empfinden bedeutet Deutschland nach wie vor dieselbe Drohung und dieselbe Gefahr, wie einst der russische Bolschewismus für Deutschland, Frankreich fürchtet.

Konferenz nach Brüssel befindet und hier erst Ende dieser Woche einreisen wird, so bedeutet die zurückhaltende Stellungnahme des belgischen Kabinetts eine Verzögerung ihrer Entscheidung um etwa eine Woche.

Die Presse ist weniger zurückhaltend. Sie begrüßt den amerikanischen Schritt sehr und kritisiert nur den Rückhalt, den man nach Belgien haben zu erwarten hat. Dennoch wird das amerikanische Angebot in verschiedenen Kreisen, die den Young-Plan als Abgrenzung letzter Verhandlungen mit Deutschland betrachten, von 200 Millionen Franc im Jahre vermindert, so würde die vollständige Stilllegung der deutschen Reparationszahlungen für das belgische Budget einen Kredit in Höhe von 200 Millionen Franc bedeuten. Dieser Kredit ist für die ganze belgische Wirtschaft ein großes Problem und verlangt eine sorgfältige Überlegung.